

Die, die nicht wählen können

Was ein Expat, eine Seconda und eine Sans-Papiers an Zürich ändern würden

GIORGIO SCHERRER (TEXT),
KARIN HOFER (BILDER)

Sie wohnen in Zürich, oft seit Jahren. Sie arbeiten hier, bezahlen Steuern, tragen zum Stadtleben bei. Sie dürfen aber nicht mitbestimmen. Und: Sie werden immer mehr. Zürcherinnen und Zürcher ohne Schweizer Pass machen einen Drittel der Erwachsenen in der Stadt aus. Gut 115 000 Personen sind es, die bei den Stadtrats- und Gemeinderatswahlen von kommendem Sonntag nur zuschauen dürfen – obwohl es dabei auch um ihre Zukunft geht. Etwa die Hälfte von ihnen lebt seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz.

Der Anteil Personen ohne politische Rechte steigt seit Jahren. Hoch war er allerdings schon früher: Bereits 1993 durfte ein Viertel der Wohnbevölkerung über 18 Jahre weder wählen noch abstimmen. Wer sind diese Menschen, die zur Stadt gehören, aber politisch nicht gehört werden? Wie denken sie über Zürich? Hier kommen drei von ihnen zu Wort, die ausser ihrem fehlenden Wahlrecht wenig gemeinsam haben. In einem Punkt sind sie sich jedoch einig: Ob Expat, Seconda oder Sans-Papiers – sie alle wollen mitreden. Auch wenn das, was sie zu sagen haben, nicht immer dem Erwarteten entspricht.

Der Expat: Amal

Er möchte, dass Zürich internationaler wird. Er mag Velowege und Verkehrsberuhigung. Hohe Mieten stören ihn nicht. Und er findet, dass die Stadt gegenüber ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu wenig offen ist. Amal – 65-jährig, Kadermann in einer Zürcher Grossbank und Sohn eines britischen Fabrikarbeiters – findet an der Stadt fast alles toll, ausser dass er politisch nicht mitreden darf. Er ist ein Mann des Marktes und würde am liebsten die FDP wählen. «Die regiert doch in Zürich, oder?»

Wie alle angefragten Expats will Amal sich nur anonym zur Stadtpolitik

Wer wird gewählt?

Stadtzürcher Wahlen
vom 13. Februar 2022

äussern. Er befürchtet sonst Konflikte mit seinem Arbeitgeber. «Wir Expats», sagt er, «würden uns politisch gern mehr einbringen, aber wir dürfen nicht. Wir fühlen uns deshalb ausgeschlossen, nicht willkommen.» Stadtpolitiker kenne er keine, erzählt Amal, aber könnte er mitbestimmen, wäre das sicher anders. «I love it here», sagt Amal. Aber manchmal habe er das Gefühl, Expats seien in Zürich nur willkommen, solange sie gebraucht würden. «Sobald es wirtschaftlich etwas weniger gut läuft, werden die Behörden protektionistisch, wollen sie alle Jobs den Einheimischen geben.»

Amal wohnt im Seefeld, aber das Wort «Seefeldisierung» hat er noch nie gehört. Seit zehn Jahren lebt er in der Stadt, will auch nach seiner Pensionierung hier bleiben. Seine Wohnung fand er dank einem Umzugsagenten seiner Bank. Die hohe Miete zahlt er gern. «Uns Expats stört es nicht, dass die Stadt teuer ist. Wir verdienen ja auch mehr als anderswo und zahlen weniger Steuern.» Manchmal habe er aber schon das Gefühl, dass sich Zürich verändere. «Es gibt zum Beispiel weniger neue Bars und Klubs, dafür immer mehr Wohnhäuser», sagt Amal bedauernd. Er fände es ausserdem schön, wenn in Geschäften mehr Leute Englisch sprächen. Denn Deutsch hat Amal in seinen zehn Zürcher Jahren noch nicht gelernt. Keine Zeit. Jetzt besucht er Lektionen. «Aber es ist nicht so einfach, wie ich dachte.»

Die Seconda: Mervet Alijaj

Sie hegt wenig Sympathien für Tempo 30. Die Kita-Preise sind ihr viel zu hoch. Sie findet es wichtig, dass Migrantinnen und Migranten sich integrieren, gut Deutsch lernen. Und arbeitende Frauen



Maria, eine Sans-Papiers, will mehr günstigen Wohnraum.



Mervet Alijaj will mehr Gleichstellung und weniger Tempo 30.

brauchen aus ihrer Sicht mehr Unterstützung. Mervet Alijaj – 27-jährig, aus Altstetten, Tochter von kosovarischen Immigranten – passt nicht ins klassische Links-rechts-Schema. Könnte sie wählen, würde sie das nicht nach Partei, sondern nach Personen tun, die sie inspirieren. Personen wie ihr Schwager Islam Alijaj, der gerade für den Gemeinderat kandidiert. Aber eben: Sie darf nicht wählen. Das stört sie. «Ich fühle mich mehr als Schweizerin denn als Kosovarin, bin hier geboren, zahle hier Steuern. Umso trauriger ist es, dass ich kein Stimmrecht habe.»

Alijaj hat das KV gemacht, fährt einen Tesla und zahlt zu viel für ihre Wohnung. Zürcherischer geht es kaum. Und doch sieht sie Unterschiede zwischen dem typischen Zürcher Wahlberechtigten und Frauen wie ihr. «Ausländerinnen haben tendenziell tiefere Löhne», sagt Alijaj. «Wenn sie Mütter werden, müssen sie eher nach drei Monaten wieder arbeiten gehen – weil sie sonst finanziell nicht über die Runden kommen.» Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die trotz Subventionen happigen Kita-Gebühren, die Schwierigkeit, als Mutter einen Job zu finden. Das beschäftigt Alijaj noch mehr, seit sie Mutter geworden ist. «Es ist auf dem Spielplatz das Thema Nummer eins.»

Nach der Geburt ihres Kindes war der berufliche Wiedereinstieg für Alijaj schwierig. An Vorstellungsgesprächen wurde sie gefragt: «Wer betreut das Kind, wenn Sie nicht da sind? Was passiert, wenn es krank wird?» Unterdessen arbeitet Alijaj zu achtzig Prozent als Junior Product Manager bei einem Grosshändler, der keine solchen Fragen stellte. Die knappe Zeit neben Job

und Familie sei auch ein Grund, weshalb sie sich noch nicht um eine Einbürgerung bemüht habe. Der andere ist der Unwille, sich der bürokratischen Prozedur auszusetzen. «Die schauen doch sogar, ob die Zahnbürste am richtigen Fleck liegt», glaubt Alijaj. Mitreden will sie trotzdem. In der Migrations-, aber auch in der Gleichstellungspolitik wäre, so glaubt sie, einiges anders, wenn auch Leute wie sie mitbestimmen dürften. «Es ist nicht das Gleiche, wenn die Betroffenen mitentscheiden – oder wenn es nur die anderen tun.»

Die Sans-Papiers: Maria

Sie möchte einen Spaziergang machen, ohne nach der Polizei Ausschau zu halten. Eine Wohnung, aus der sie nicht nach einem Monat wieder ausziehen muss. Und eine Arbeit, bei der es nicht vom Gutdünken des Arbeitgebers abhängt, ob sie am Ende bezahlt wird. Maria – 40-jährig, Putzfrau und Babysitterin, aus einem Land in Lateinamerika – wolle eigentlich nur ein Leben ohne Angst, wie sie sagt. Dann wäre sie in Zürich glücklich, wo sie schon seit neun Jahren lebt, illegal als Sans-Papiers. «Es ist eine schöne Stadt mit vielen Möglichkeiten. Leider können wir davon nicht profitieren.»

Jeden Morgen liest sie Zeitung, am Abend schaut sie die Nachrichten. Neben Spazieren sei Deutschlernen ihr Hobby, sagt Maria, die eigentlich anders heisst. Dank freiwilligen Helferinnen und viel Üben meistert sie heute die Sprache. Maria will verstehen, sich informieren, mitreden. Auch wählen würde sie gerne. Sie weiss auch, wen: die Grünen. «Und diese Frau Corine

Mauch gefällt mir auch. Sie hat eine interessante Politik für Leute wie mich.» Maria meint die Zürich City Card – eine Art Ausweis für alle Stadtbewohnerinnen. Sie soll den schätzungsweise 10 000 Sans-Papiers begrenzten Zugang zu Dienstleistungen der Stadt ermöglichen. Im Mai wird darüber abgestimmt. Und was ist mit Velowegen? Bäumen? Tempo 30? «Für mich sind das Luxusprobleme», sagt Maria und lacht. «Aber die Leute hier haben eine andere Lebensqualität als ich. Ihnen ist das offenbar wichtig.»

Ein Problem vieler Zürcherinnen teilt aber auch Maria: Ihr fehlt der günstige Wohnraum. Sans-Papiers dürfen keine Wohnungen mieten. Wer ihnen ein Dach über dem Kopf gibt, macht sich strafbar. Deshalb zügelt Maria oft, zahlt trotzdem eine hohe Miete und bleibt am Abend zu Hause. «Manchmal spaziere ich in der Altstadt, dort gefällt es mir. Aber ich muss vorsichtig bleiben.» Bevor sie in die Schweiz kam, hatte Maria in einer Fabrik gearbeitet. Ihre Mutter hat ein Lebensmittelgeschäft, ihr Vater ist Strassenbauer. Wenn sie kann, schickt Maria Geld nach Hause. Hier hat sie wenig, aber dort haben sie noch weniger. Wird Maria auch die nächsten zwanzig Jahre in Zürich sein? «Oh nein!», sagt sie, und zum ersten Mal wird ihre ruhige Stimme energisch. Sie würde gerne bleiben, aber nur mit Bewilligung. «So lange als Sans-Papiers leben, ist schwierig. Das braucht zu viel Kraft.»

Ein Dauerbrenner

Der Expat Amal, die Seconda Mervet Alijaj, die Sans-Papiers Maria: Wenn wie sie immer mehr Leute in Zürich nicht wählen dürfen, ist das ein demokratiepolitisches Problem? Ja, finden die einen: Wer Steuern bezahlt und von politischen Entscheidungen betroffen ist, soll auch mitbestimmen dürfen. Nein, finden die anderen: Nur wer den aufwändigen Einbürgerungsprozess erfolgreich durchläuft und sich so als würdig erweist, soll auch an die Urne.

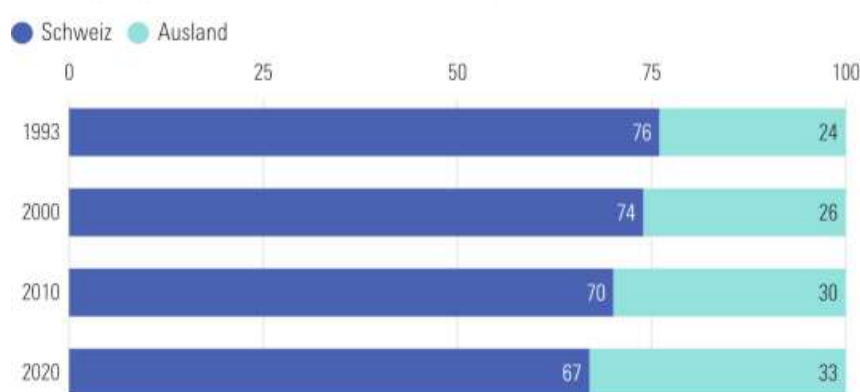
Die Debatte um das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer wird in Zürich meist entlang klarer ideologischer Linien geführt: Die Linke ist dafür, die Rechte dagegen, die Mitte gespalten. Allerdings gab es in letzter Zeit auch vereinzelte Stimmen aus der FDP, die sich dafür aussprachen. Zurzeit verbietet es die Kantonsverfassung den Gemeinden, ihre ausländischen Bewohnerinnen wählen und abstimmen zu lassen. Zuletzt ändern wollte das 2020 Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP). Sie forderte im Kantonsrat das Recht ein, selbst über ein kommunales Ausländerstimmrecht entscheiden zu dürfen. «Es würde, so sind wir überzeugt, unsere Demokratie stärken.»

Es war nicht der erste solche Versuch. Schon 1993 und 2013 gab es Volksinitiativen, die dasselbe verlangten. Sie scheiterten jeweils mit klarer Mehrheit im Rat und an der Urne. Selbst die Stadtbevölkerung stimmte beide Male dagegen. Das Resultat: In vielen anderen Schweizer Gemeinden – vor allem in der Romandie – dürfen alle Einwohnerinnen und Einwohner über 18 wählen und abstimmen. In Zürich dagegen geht das auch 29 Jahre nach dem ersten Vorstoss dazu nicht.

Nun soll es also im dritten Anlauf klappen. Obwohl der Kantonsrat die Behördeninitiative der Stadt nicht von vornherein ablehnte, sind ihre Erfolgsaussichten höchst ungewiss. Auch die Kantonsregierung will von der Idee nichts wissen. Sie führt dabei wieder das Argument an, das schon 1993 und 2013 bei der klaren Ablehnung des Ausländerstimmrechts eine entscheidende Rolle spielte: Es sollten, so die Regierung, nur diejenigen politisch mitentscheiden dürfen, «die sich langfristig in der Schweiz niederlassen und die genügend in die Gesellschaft integriert sind, um sich einbürgern zu lassen». Ohne den roten Pass wird das Wählen für Amal, Mervet Alijaj und Maria also wohl noch länger ein Traum bleiben.

In der Stadt Zürich ist jeder Dritte nicht wahlberechtigt

Staatsangehörigkeit der erwachsenen Wohnbevölkerung, in Prozent



Daten vor 1993 nicht detailliert verfügbar.

QUELLE: STADT ZÜRICH

NZZ / sgl